

Gesamtprotokoll Workshops 1 – 5
der Regionalkonferenz Sozialplanung für die Ämter Geltinger Bucht, Hürup, Langballig, Mittelangeln und
die Stadt Glücksburg, 28. November 2017
insg. 129 Teilnehmer/innen

Protokoll des Workshops 1: Bildung und Gesundheit	S. 2 - 7
Protokoll des Workshops 2: Senioren	S. 8 - 9
Protokoll des Workshops 3: Heimerziehung	S. 10 - 15
Protokoll des Workshops 4: Bündelung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen	S. 16 - 22
Protokoll des Workshops 5: Migration / Flüchtlinge	S. 23 - 27

Protokoll des Workshops 1 Bildung und Gesundheit

Teilnehmer/innen: 32 (+4 Moderation und Protokoll)

Moderation & Input: Marina Brügge, Anja Linder, Christian Ebeling, Rotraud Rasch

Protokoll: Rotraud Rasch, Marina Brügge

Inhalt:	
<p>1. Phase Workshop:</p> <p>Kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmer, Moderatoren und Protokollführerin Vorstellung Ablauf des Workshops Nach der Vorstellung der Workshopleiter erfolgt eine kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmer. Aufgrund der hohen Teilnehmerzahl wird auf eine Diskussionsrunde zu den Daten des Faktenblattes verzichtet. Individuelle Fragen können am Ende des Workshops beantwortet werden.</p>	
<p>2. Phase Workshop:</p> <p>Wie soll die Situation in der Region optimaler Weise in 5 Jahren aussehen?</p> <ul style="list-style-type: none">- Mehr Bewegung für Kinder (mehr Familiensport, mehr Sport in der Schule, mehr Bewegung in der Schule (z.B. zwischen den Unterrichtseinheiten))- Jedes Kind sollte schwimmen können, es sollte eine Schwimmhalle vor Ort geben- Jedes Kind sollte ein Bewusstsein für gesunde Ernährung haben- Es sollte wirklich gleiche Bildungschancen für alle Kinder geben- Jedes Kind erhält Unterstützung (verlässlich, sofort, abgestimmt)- Bessere, ganzheitliche Unterstützung für Kinder mit Auffälligkeiten – gelebte Inklusion- Kostenloses, gesundes Mittagessen in der Kita und in der Schule- Dem Wunsch der kostenlosen Angebote wurde der Wunsch entgegengestellt, bei Eltern das Bewusstsein zu wecken, dass gute Betreuung Geld kostet	

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">- Flächendeckend offene Ganztagschulen- Personelle und finanzielle Stärkung von Kitas und Schulen- Vernetzung von Institutionen, Einrichtungen und Vereinen- Kostenfreie Bildungsorte- Kostenfreie Busfahrkarte für den Schulweg- Öffnung der Schule für einen niedrighschwelligigen Kontakt zu den Eltern- Bessere Taktung der Schulbusse, einen Sitzplatz für jedes Kind mit der Möglichkeit sich anzuschnallen- Kleinere Gruppen und Klassen und einen höheren Personalschlüssel- Mehr (gemeinsam und sinnvoll verbrachte) Zeit und gemeinsame Unternehmungen in der Familie- Stärkung der Eltern für die „Herausforderung Familie“- Mehr Unterstützung für die Kinder von ihren Eltern- Veränderte Familienstrukturen führen zu veränderten (besser passenden) Hilfen und Unterstützungsangeboten- Ausbau der Ferienbetreuung (z.B. in Kooperation zwischen den Einrichtungen)- Kostenfreie Ferienbetreuung- Gemeinsame Stärkung der Familien- Gesellschaft übernimmt psychosoziale Verantwortung für Kinder- Mehr Kinderfreundlichkeit- Entwicklungsräume für Kinder (in denen sie sich auch mal unbeobachtet bewegen dürfen)- Stärkung der Gemeinschaft / lokalen Netzwerke (mit fachlicher Unterstützung, nach ggf. thematisch ausgerichtet, in Kooperation der Gemeinden)- Familienfreundliche Arbeitgeber und Arbeitszeiten- Schuleingangsuntersuchung wird durch den Hausarzt durchgeführt- Es gibt eine realistische Datengrundlade z.B. zu Kinderarmut- Es gibt unbedingt Anerkennung von Unterschiedlichkeit- Es gibt ein Grundeinkommen für Kinder- Familienbildungsstätte enthält ausreichende finanzielle Unterstützung um Bedarfe abdecken zu können | |
|---|--|

3. Phase Workshop:

Was kann getan werden, um diese Ziele zu erreichen?

- Um ein Grundeinkommen für Kinder durchzusetzen, Lobbyarbeit betreiben und Berechnungen aufstellen
- Konkrete Projekte planen, da so Finanzierung eher Möglich
- Transparenz über die vorhandenen Bildungsangebote schaffen
- Eine Übersicht über mögliche Fördertöpfe erstellen und veröffentlichen
- Ausbau und Stärkung der Frühen Hilfen
- Einführung einer flächendeckenden Kindergarteneingangsuntersuchung
- Zusätzliche Impulse an Schule z.B. durch Schulsozialarbeit (Team- und Klassentraining)
- In kleinen Schritten vorgehen
- Soziale (minimal-) Standards für Gemeinden entwickeln
- Bildungslandschaften und Familienzentren auf- bzw. ausbauen
- Politisch aktiver werden
- Verantwortungsübernahme bei der Politik einfordern
- Eltern mit ins Boot holen und mit in die Verantwortung nehmen
- Eine gemeinsame Haltung zu gemeinsamen Anliegen entwickeln
- Vernetzung aller Akteure (Lobbyarbeit, „mit einer Stimme sprechen“)
- Vernetzung mit Senioren, Kooperationsverträge mit Senioren, generationsübergreifender Stammtisch
- Förderung von Bürgerengagement
- Vernetzung von Schule und außerschulischen Einrichtungen
- Mehr generationsübergreifende Nachbarschaftshilfe

4. Phase Workshop:

Was können Sie konkret zur Umsetzung beitragen?

- Das Ehrenamt bei Schülern stärken (**Hr. Schulte, Struensee Gemeinschaftsschule**)
- Ich will meine Schule noch weiter zum Lebensort ausbauen (**Georg-Asmussen-Schule, Gelting**)
- Weitere Vernetzungsprojekte schaffen und etablieren, wie z.B. die Beteiligung am bundesweiten Vorlesetag (**Lyn Karjel, Bildungskordinatorin Mittelangeln**)
- Netzwerkpartner und Ansprechpartner für Ideen sein bei der Feuerwehr oder im Amt Mittelangeln (FD1) (**Friederike Schröder, stellv. Gemeindeführerin und FDL 1 Amt Mittelangeln**)
- Einen Mädchentreff einrichten, Kontakt schaffen für Frauen in die Kommunalpolitik. Daraus resultierend mehr Frauen in Gemeinderäten und höheren Stellenwert des Themas Bildung (**K. Giese**)
- 1 Mal im Monat eine offene Sprechstunde vor Ort (Satrup) anbieten (**J. Bauer, Jugendamt**)
- Sommerfest für Familien organisieren
- Familienfreizeit im Amt Geltinger Bucht -> 1. Termin im Januar 2018 (**MTV Gelting, Ev. Kita Kieholm, B. Jochimsen, Tel. 04643/ 686**)
- Entwicklung von Familienfreizeiten in Kooperation Kita-Familienzentren (**Brigitte Geißler**)
- Einsatz für finanzielle Ressourcen im JHA (**B. Geißler**)
- Ich werde mich weiterhin in meiner Rolle als Leitung eines Kindergartens aktiv für Kinder und ihre Familien, für Netzwerke vor Ort einsetzen und versuchen etwas zu bewegen. Dazu gehört auch, mein Team zu stärken und zu motivieren.
- Mehr niedrigschwellige & erreichbare Angebote für Kinder und Jugendliche vor Ort (**Stadt Glücksburg**)
- Fördermittelakquise ausbauen für neue Projekte (**Stadt Glücksburg**)

- Engagement der Eltern z.B. in Schule (OGS-Ausbau) stärken, Partizipation ermöglichen **(G. Steffensen-Guttzeit, Sörup)**
- In der Gemeinde für Unterstützung werben! Eine Abnehm- und Sportgruppe bilden **(vilaumi@roikier.de)Ko**
- Kontaktaufnahme zur Seniorengruppe Satrup , Herr Krabbenhöft, um Senioren für Crowdfunding zu aktivieren (jooschulsozialarbeit@web.de, **Schulsozialarbeit Grunschule Satrup und Sörup**)
- Einladung an Politik und Verwaltung die Regenbogenschule für einen Tag zu besuchen (regenbogenschule.satrup@schule.landsh.de)
- Vernetzungsstelle im Amtsbereich aufbauen / unterstützen **(K. Scharf, Amt Geltinger Bucht)**
- Gemeindehaus in Sterup für weitere Nutzung öffnen- Thema ins Spiel bringen, z.B. offene Ganztagschule **(Pastorin Sterup, K. Wiele-Wohlfarth, kristina.wiele@gmx.de)**
- Das hier Gehörte politisch weitergeben
- Als aktiver Rentner Schule oder Kita unterstützen
- Treffen von Jugendorganisationen (Vereine, Verbände usw.) auf regionaler Ebene → Austausch, Kooperation, Gewichtung **(Hanno Reese, hannoreese@web.de, 015231954610)**
- Wo kommen unsere Lebensmittel her? Bauernhofführung (Lohnunternehmen) **(Karen Tüxen, karen@tuexen-vogelsang.de)**
- Mehrgenerationsausflug organisieren **(Karen Tüxen, karen@tuexen-vogelsang.de)**
- Von der Gemeinde aus mehr Familienaktionen organisieren **(Gönne Tams, Sport, Jugend und Kulturausschuss Gemeinde Ausacker)**
- Sozialplanung als Thema in die bringen **(Antje Schümann, GV Husby)**
- Kooperation Kita-Sportverein etc. Schwimmkurs organisieren **(Jessica Sell, Bewegungskita Freienwill-Großsolt)**
- Aktionen „Eltern-Kinder“ in der Gemeinde unterstützen (elke@asmus-reimer.de, **Gemeinde Tastrup**)
- Als Gemeindevertreter Mittel „umleiten“, bürgerschaftliches Engagement stärken (elke@asmus-reimer.de, **Gemeinde Tastrup**)
- Bereitschaften in der Politik erzeugen, Ehrenamt stärken und anbieten, Fördertöpfe finden **(Michael Puls, Glücksburg, Sozialausschuss, mipuls@web.de)**

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">- Vereinsleben ganzheitlich verstehen und leben (martinawittraav@web.de oder tennisverein-satrup.de)- Vernetzung im Amt mit Senioren, Kiga und i-Punkt (martinawittraav@web.de oder tennisverein-satrup.de)- Entsprechend Engagement im Jugendhilfeausschuss, Landesvertretung und Kommunalpolitik- Bereits bekannte Ressourcen und Best-Practice Beispiele bekannter machen- Kontaktaufnahme zum Seniorenbeirat- Gute Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen, Fachdienst Gesundheit, Fachdienst Soziales-- | |
|---|--|

5. Regionalkonferenz Sozialplanung

Protokoll des Workshops 2 Senioren. Wie bleiben wir in unserer Region im Alter agil

Moderation & Input:

H. Krabbenhöft, M. Reestorff

Protokoll:

B. Jürgensen

17 Teilnehmende

Inhalt:

Der Workshop startete mit einer kurzen Vorstellungsrunde der Teilnehmenden, des Moderators, des Co-Moderators und der Protokollführerin. Anschließend wurden die folgenden Fragen diskutiert:

Wie soll die Situation in 5 Jahren idealerweise aussehen?

- Die Digitalisierung aller Einwohner ist erreicht.
- Es gibt ausreichend Single-Wohnungen.
- Der Wohnraum ist bezahlbar.
- Die Gemeinden und öffentliche Einrichtungen sind barrierefrei.
- Die Dörfer sind lebendig und eine gute Gemeinschaft ist vorhanden.
- In den Gemeinden gibt es eine gute Durchmischung der Altersstruktur.
- Die Selbständigkeit der Bewohner und Bewohnerinnen ist erhalten.
- Es gibt eine gute Infrastruktur. Ärzte, Kaufmann, ambulanter Pflegedienst usw. sind vorhanden.
- Dadurch ist ein möglichst langes Verbleiben in der eigenen Häuslichkeit möglich

Was können wir konkret dazu beitragen?

- Die Gemeinden müssen Anreize für junge Menschen schaffen (bezahlbare Singlewohnungen, Schulen vor Ort, ausreichend Kita-Plätze).
- Eine gute Nahversorgung muss geplant und umgesetzt sein.
- Eine zufriedenstellende Breitbandversorgung muss für alle Einwohner und Einwohnerinnen vorhanden sein. Dies ist im Hinblick auf die Arbeitswelt (Homeoffice, Onlineverkauf) und auch auf die zu erwartenden Änderungen im

- Gesundheitswesen (Telesprechstunde) extrem wichtig.
- Es müssen in den Orten Dorftreffs für Jung und Alt geschaffen werden.

Was können wir schon zeitnah beginnen?

- Es sollten Forderungen an den ÖPNV formuliert werden damit dort bekannt wird, was tatsächlich von den Einwohnern gewünscht wird.
- Es sollten Dorfentwicklungsgespräche geführt werden; insbesondere sollten die Wünsche in Bezug auf Ampelschaltungen/-phasen, Zebrastreifen gehört und berücksichtigt werden.
- Die Digitalisierung wird gefordert.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass gerade die Digitalisierung immer wieder gefordert wurde. Alle Anwesenden waren sich einig, dass die Digitalisierung immer mehr in den Alltag eingreifen wird (Homebanking, Medikamente anfordern, in Zukunft evtl. einen Bürgerbus per Smartphone oder PC anfordern, Telesprechstunden mit Fachärzten), dass es aber auch für den Zuzug von jungen Menschen unabdingbar ist, ein gut ausgebautes Glasfasernetz vorzuhalten. Für die Zukunft wird es daher eine große Herausforderung sein, alle Generationen bei der Digitalisierung des Alltags mitzunehmen und Hemmnisse und Berührungängste abzubauen. Gleichzeitig wird es aber auch als Chance angesehen, dass ältere Menschen über die neuen Medien in Kontakt zu jüngeren Generationen kommen. Wichtig ist, dass niemand abgehängt wird!

5. Regionalkonferenz Sozialplanung

Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Ämter Geltinger Bucht, Hürup, Langballig, Mittelangeln und der Stadt Glücksburg

Protokoll des Workshops 3 Heimerziehung. Perspektiven junger Menschen ab 18 Jahren im Kreisgebiet.
Möglichkeiten der Zusammenarbeit aller in der Region!

Teilnehmer/innen: insgesamt 15 Personen (einschl. Moderatorinnen und Protokollführer)

Moderation & Input: P. Klenke, C. Korneffel
Protokoll: F. Jacobsen

Inhalt:	
<p>Der Workshop startet mit einer kurzen Vorstellungsrunde der Teilnehmer, Moderatorinnen und Protokollführer.</p> <p>Frau Korneffel hat im Vorfeld zur heutigen Regionalkonferenz Kontakt zu einer ehemaligen Heimbewohnerin, mittlerweile 24 Jahre alt, aufgenommen und sie befragt, was aus ihrer Sicht notwendig sei, um aus der Jugendhilfe in die Verselbständigung zu gehen. Sie trägt die Ausführungen vor. Es wird deutlich, dass im Zuge der Verselbständigungsphase aus der Jugendhilfeeinrichtung in die eigene Wohnung zunächst in sämtlichen Bereichen genug Stabilität vorhanden sein sollte und vorab einige Ressourcen erarbeitet werden. Zu diesen Bereichen gehören die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, die psychische Stabilität, Finanzen, Gesundheitsfürsorge, Haushaltsführung, Berufsausbildung/Arbeit und ein soziales Netzwerk, das vorhanden sein sollte.</p>	

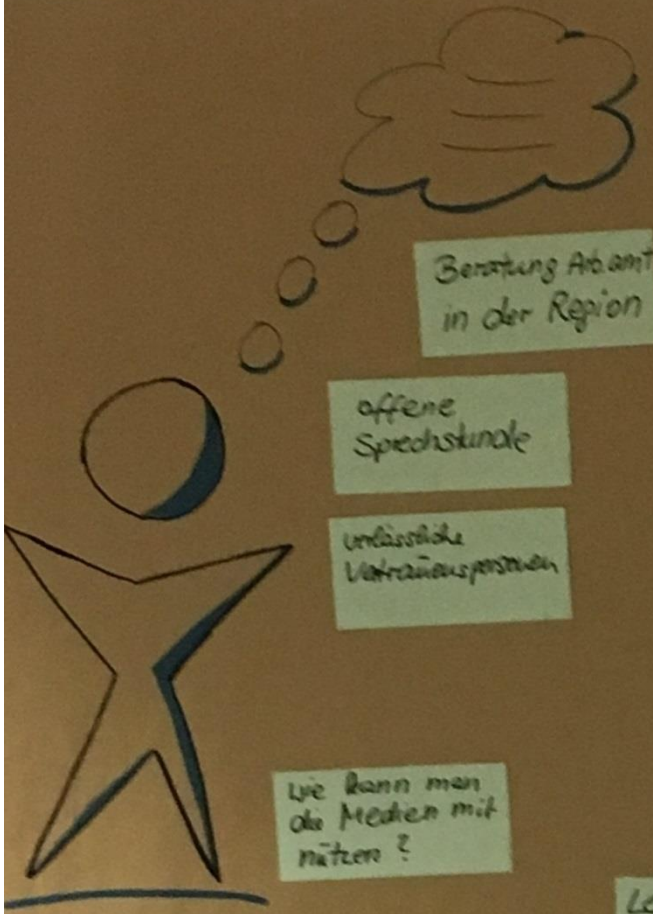
Anschließend werden folgende Fragestellungen im Rahmen von Kartenabfragen diskutiert::

1. Wie soll Ihrer Meinung nach die Situation in 5 Jahren aussehen?
2. Was sollte in Ihrem Amtsbereich getan werden, um die Ziele zu erreichen?
3. Wie können Sie in Ihrer Funktion konkret etwas zur Umsetzung beitragen?

Hinsichtlich der Ergebnisse der Kartenabfragen wird an dieser Stelle auf das beigefügte Fotoprotokoll verwiesen.

Festzuhalten ist, dass nach Möglichkeit eine Struktur aufgebaut werden sollte, die dafür sorgt, dass möglichst allen Jugendlichen eine Perspektive geboten wird. U. a. sollte versucht werden, die Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zudem sollte unter Einbeziehung/Nutzung der sozialen Medien, wie z. B. WhatsApp, ein Hilfsangebot für junge Volljährige geschaffen werden. Weiter sollte eine aufsuchende Hilfestruktur, implementiert werden. Hier ist beispielhaft das Projekt „Jugend stärken an der Schlei“ zu erwähnen.

Wie soll die Situation in 5 Jahren sein?



Beratung Arbeitsamt
in der Region

offene
Sprechstunde

unlässliche
Vertrauenspersonen

Wie kann man
die Medien mit
nutzen?

Eignung bei
Arbeitsstellen
suchen

Mitbestimmung
Verantwortung
Zugewinne stärken

soziales
Netzwerk
'Beziehungsnetz'

Ansprechpartner
vor Ort

Hilfestellung als
Hilfe zur Selbsthilfe

gering
Wohnraum

Leistungsverbindlich
erweitern?

Unterstützung für
Wohnungen

Strukturen verbinden
Flüchtlingshilfe

intensive Kooperation
Netzwerkarbeit
verstärken vorher

Verantwortung der
Jugendämter über
das 18te LJ

Jugendämter aus
anderen Bereichen
bilden und einbinden

Erbindlich
sozialpädagogischer
Dienst

Jugend stärken
berufliche Perspektive

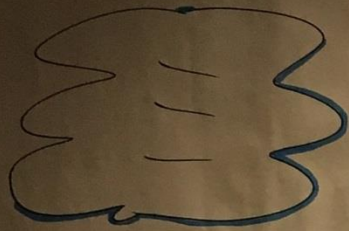
Ausbildungspraktische
Vollqualifikation durch
Hilfen

Flüchtlings-
Voraussetzungen
überprüfen

Flüchtlinge über
18 besser
integrieren können

Was sollte in Ihrem Amtsbereich

dafür getan werden, um die
gewünschten Ziele zu erreichen?



Schule für
Flüchtlinge über
18 Jahre

offene
Sprechstunde
z.B. Jugendzentren

Stelle schaffen
Leitfaden für
18-jährige → HILFE

bezahlbare
Wohnraum
schaffen

kreativer werden
mehr Werbung?
aufsuchender sein

mehr Teilung!
Wohnraum für
junge Menschen

ÖPNV
→ Ausbau

WhatsApp
Nummer für den
Kummer für
junge Erwachsene

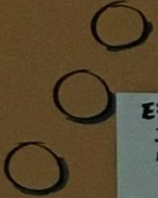
Gremium schaffen
Beteiligung
Jugendliche

Ausbildungsbetriebe
Leiter stärken?
Netzwerkarbeit

Stiftungen
nutzen!

Wie können Sie in Ihrer Funktion

konkret etwas zur Umsetzung beitragen?



EFH:
Intelligentes Planen
von Wohnraum

Kleine bezahlbare
Wohnungen schaffen

Nachbetreuung v.
Jugendlichen aus der
Einrichtung

In Leistungsvereinbarungen
mit Einrichtungen nach streiter
die Verabschiedungsphase
beschreiben

Schließung

Verordnung der Ziele
in der strategischen
Planung / Projekte



5. Regionalkonferenz Sozialplanung

Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Ämter Geltinger Bucht, Hürup, Langballig, Mittelangeln und der Stadt Glücksburg

Protokoll des Workshops 4 – Bündelung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen

Teilnehmer/innen: 35 Personen

Moderation & Input: M. Jahnke, K. Hofmann, B. Gerling

Protokoll: N. Lewandowski

Inhalt:	Ziel
<p><u>Kurzzusammenfassung</u></p> <p>Wie kann langfristig eine gute Versorgung und Mobilität für alle angesichts des demographischen Wandels und sich verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen sichergestellt werden? Dieser Frage ist Workshop 4 „Bündelung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen“ nachgegangen.</p> <p>Die hohe Teilnehmerzahl von fast 40 Akteuren zeigte, wie bedeutend das Thema Mobilität und Versorgung in der Region ist. Vor allem die Beteiligung von Bürgern und Zusammenarbeit unterschiedlicher Bereiche bei der Schaffung langfristiger Versorgungslösungen sowie die Verbesserung von ÖPNV und Mobilitätsangeboten war den Teilnehmern ein wichtiges Anliegen. Derzeit bestimmt das vorhandene ÖPNV Angebot und insbesondere der Schülerverkehr weitgehend die Ausrichtung der Alltagswege. Mangelnde Querverbindungen, schlechte Anbindung und lange Fahrtzeiten prägen das derzeitige Angebot. Einigkeit bestand darin, dass nur durch Beendigung des Kirchturmdenkens und die Zusammenarbeit von privaten und kommunalen Akteuren sowie die direkte Einbeziehung der Bürger und deren Bedarfe zukunftsfähige Lösungen gefunden werden können. Unterstützung und Stärkung sozialer Netzwerke – sowohl digital als auch in Form von Nachbarschaftshilfe - wird als Lösung für eine unkomplizierte und effektive Vernetzung der Betroffenen gesehen.</p>	

1. Welche Defizite hinsichtlich Versorgung und Mobilität sind bereits heute in der Region spürbar?

Die spezifischen regionalen Kenntnisse der Einwohner der Region ließen eine klare Nord-Ost-Ausrichtung entlang der L199 erkennen. Schleswig wird kaum angefahren und auch Kappeln ist nur für das direkte Nachbaramt Geltinger Bucht ein Ankerort. Auch „mittige“ Lagen wie Sörup sind hauptsächlich gen Norden ausgerichtet.

Für die östlichen Gebiete ist Gelting der Versorgungsort für die Nahversorgung. Weitere Einrichtungen, wie z.B. Fachärzte werden in Flensburg aufgesucht. Auch hier spielt die L199 eine wesentliche Rolle. Der Weg nach Süderbrarup als nächstgelegener Bahnhof wird ebenfalls genutzt.

In der Kleingruppe wurden die Auswirkungen ungünstiger, bzw. ungenügender Wegestrecken diskutiert. Vor allem für Personen ohne Zugang zum motorisierten Individualverkehr (MIV) bestimmen die An- und Verbindungen des ÖPNV die Alltagswege und damit die genutzten Infrastruktureinrichtungen des täglichen Bedarfs (Ärzte, Schule, Nahversorgung, u.ä.). Generell stehen, aufgrund mangelnder ÖPNV-Verbindungen, näher gelegene, oftmals kleinere, Versorgungszentren ohne Anbindung in der Nutzung hinter weiter entfernten Orten mit guten Anbindung (z.B. Flensburg) zurück. Dies zeigt sich am Beispiel Wees. Aufgrund mangelnder Anbindung wird sowohl von Glücksburg als auch von Munkbrarup aus das nahegelegene Wees nicht als Versorgungsort angenommen. Stattdessen erfolgt eine Versorgung über das besser angeschlossene Flensburg oder Husby. Querverbindungen und Knotenpunkte sind von entscheidender Bedeutung für eine gute Wegeverbindung. Fehlen diese ist die Anvisierung weiter entfernter Ziele mit besserer Taktung oder schnelleren Verbindungen die Folge.

Bedarfe

Vermehrte/verbesserte An- und Verbindungen im ÖPNV

Querverbindungen und Knotenpunkte schaffen

Vor allem Jüngere entscheiden nach Komfort und nehmen die schnellsten Verbindungen, bzw. kürzesten Distanzen. Traditionelle Wege spielen bei dieser Altersgruppe keine Rolle.

Bei ungefähr gleicher Fahrtzeit und Anbindung entscheiden andere Faktoren (z.B. Angebotsvielfalt, Angebotsqualität). So gehen aus Freienwill 120 Kinder in Satrup zur Schule und nur 90 in Flensburg, obwohl dies der zentrale Ort ist. Gleichzeitig wird jedoch auch die Schulwahl oft vom Fahrweg der Schulbusse bestimmt. Auch die Nutzung von Infrastruktureinrichtungen am Schulstandort (Kopplung von Wegen/Besorgungen) erfolgt häufig.

Des Weiteren werden Versorgungsorte hinsichtlich Versorgungszwecken unterschiedlich genutzt. Für Freizeit und Privatleben (z.B. Freizeit- und Sporteinrichtungen) werden andere Ziele angefahren als für medizinische Versorgung oder Einzelhandel.

Natürliche und künstliche Barrieren haben großen Einfluss auf die wahrgenommene Zusammengehörigkeit von Räumen. Dies zeigt sich im Kreisgebiet beispielsweise an der A7. Als große Straße zerteilt sie im Raum des Amtes Oeversee die Landschaft. Trotz geringer Distanz zwischen Freienwill/Großsolt nach Tarp, wird hier eine klare Grenze zwischen östlichem und westlichem Kreisgebiet gesehen. Auch die Bedeutung natürlicher Grenzen, wie die Wasserscheide durch den *Kielstau* zwischen den Gemeinden Großsolt und Freienwill, sind nicht zu unterschätzen. Während Freienwill sich nach Flensburg orientiert, richtet sich die Nachbargemeinde Großsolt eher nach Satrup aus, obwohl die beiden Gemeinden gemeinsame Vereine, Schulen und Kitas haben.

2. Abfrage zu Entfernungsempfindlichkeiten und Lösungsansätzen für Räume ohne eigenes Versorgungsangebot mithilfe eines Barometers zu Zustimmung

Altersgruppen sowie alterstypisches Verhalten und Bedarfe bedenken

Weitere Aspekte für Nutzung von Infrastruktureinrichtungen (Qualität, Kopplung von Wegen) mitbedenken

Versorgungsziel bedenken (Freizeit oder berufliche Nutzung)

Bedeutung natürlichen und künstlicher Grenzen beachten

Welche Fahr- bzw. Wegzeiten halten Sie für zumutbar (einfacher Weg)?

Die Abfrage nach zumutbaren Wegezeiten zu unterschiedlichen Versorgungs-/Daseinsvorsorgeeinrichtungen wie Haus- oder Facharzt, Apotheke, Nahversorgung oder Schule und Kinderbetreuung ergab, dass die Teilnehmer für die meisten Einrichtungen maximal 30 Minuten Fahrweg in Kauf nehmen würden. Die zumutbare Wegezeit zum nächsten Nahversorger, zur nächsten KiTa/KiGa und Grundschule wurde sogar überwiegend mit nur 10 Minuten angegeben. Für Fachärzte und weiterführende Schulen ist es vorstellbar, grundsätzlich längere Wegezeiten von durchschnittlich 30-40 Minuten oder mehr in Kauf zu nehmen.

Welche alternativen Mobilitätsformen sind für Sie denkbar?

Die Teilnehmer zeigten sich vergleichsweise aufgeschlossen gegenüber der Nutzung alternativer Mobilitätsangebote. Die Bereitschaft zur Mitnahme-/Mitfahrgelegenheiten als auch Car-Sharing Modelle war für viele Teilnehmer vorstellbar oder werden bereits umgesetzt. Auch einem Fahrradleihsystem standen sie offen gegenüber. Fast alle Teilnehmer würden ein Anrufsammeltaxi nutzen. Grundsätzlich weniger vorstellbar war das Verleihen des eigenen PKWs. Einige können sich jedoch auch das vorstellen oder machen es bereits.

Welche Lösungsansätze halten Sie für die Teilräume ohne eigenes Versorgungsangebot/ohne eigene Einrichtungen für denkbar und geeignet?

Im Bereich der hausärztlichen Versorgung unterscheiden sich die akzeptierten Lösungsansätze stark voneinander. Während eine Zweigpraxis mit eingeschränkten Öffnungszeiten als ergänzendes Angebot weitgehend für gut befunden wurde, ebenso wie regelmäßig organisierte Fahrten zur nächsten Hausarztpraxis und mobile Angebote („rollende Arztpraxis“), schwankt die Akzeptanz bei der Ergänzung des Angebots durch NÄPas (nicht-ärztliche Praxisassistentin) stark. Ein großer Teil sah diese Möglichkeit als einen sehr guten Ansatz zur Lösung an, etwas mehr Teilnehmer stimmten aber auch für „mittel“ und „weniger gut“. Im mittleren Segment der Akzeptanz standen Nachbarschaftshilfe

und telemedizinische Angebote.

In den weiteren Themenbereichen Nahversorgung und KiTa/KiGa wurden alle aufgeführten Lösungsansätze grundsätzlich positiv durch die Teilnehmer bewertet. Lieferdienste von Nahversorgern und Apotheken, regelmäßig organisierte Fahrdienste durch die Betreiber und eine Beibehaltung dezentraler Einrichtungen mit eingeschränktem Angebot (z.B. Markttreff) bilden aus Sicht der Teilnehmer grundsätzlich annehmbare Lösungsansätze, wobei Nachbarschaftshilfe Bringdiensten vorgezogen wird. Gleiches gilt im Bereich KiTa/KiGa für die Sicherstellung des Angebots durch Tagespflege von Tagesmüttern-/Vätern oder gemeinsam organisierte Betreuungsangebote während der Schulferien bzw. bei allgemeinen Schließungszeiten der Betreuungseinrichtungen.

3. Welche Probleme in den Bereichen „Versorgung“ und „Mobilität“ sollten im Rahmen des Projektes dringend angepackt werden?

Als oberstes Ziel müsse es gelten, Anbindungen zu verbessern und Zubringersysteme zu schaffen. Auch und vor allem im Bezug auf den Tourismus muss eine zweckmäßige Anbindung Sörup-Sterup-Ostsee geschaffen werden. Um sinnvolle Ergänzungen zu schaffen ist eine gute Abstimmung zwischen Betroffenen auf den verschiedenen Ebenen nötig.

Auch beim Thema medizinische Versorgung ist ein kooperatives Vorgehen erforderlich, so dass alle betroffenen Institutionen berücksichtigt werden und aktive Bürgerbeteiligung betrieben werden kann. In Diskussionen könnten Kommunen sich vor allem als Moderatoren aktiv einbringen. Als Betreiber für medizinische Versorgungszentren hingegen, sind sie problematisch, da Kommunen keine Haftung übernehmen können. Größtes Problem in der Region stellt der Zuschnitt der Versorgungsbereiche der kassenärztlichen Vereinigung dar, welcher Flensburg mit einbezieht und somit eine flächendeckend ausreichende Versorgung

Gute Anbindungen schaffen

Zusammenarbeit der unterschiedlichen Institutionen forcieren

Kooperatives Vorgehen („alle an einen Tisch“)
Bürgerbeteiligung

Zuschnitt KV-Bereiche

suggeriert ohne die Situation in den einzelnen Räumen realistisch abzubilden.

Außerdem gilt es, rechtzeitig zu beginnen und bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln, die Akzeptanz aller Betroffenen hoch zu halten und so die Chance auf gute, langfristige Lösungen zu erhöhen. Grundsätzlich ist es dabei wichtig, die Kommunikation mit dem Bürger ernst zu nehmen und der Information des Bürgers einen wesentlich höheren Stellenwert einzuräumen.

Grundbedingung für viele Maßnahmen bleibt jedoch zunächst eine flächendeckende Breitbandversorgung. Der Ausbau des Glasfasernetzes sollte schnellstmöglich begonnen werden.

4. Ich habe folgende Ideen für Lösungsansätze/konkrete Projekte

Im medizinischen Bereich gilt ein medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) oder generell Mehrbehandlerpraxen als realistische Variante um Ärzte im ländlichen Raum zu halten. Teilzeitmodelle werden so ermöglicht und ein Einhalten der gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche sich im ländlichen Raum für Einzelpraxen oftmals als schwierig erweisen, können erfüllt werden.

Im Bereich Mobilität wird eine Mitfahrbörse im eigenen Dorf als Lösungsvariante gesehen. Auch wurde die Frage aufgeworfen, ob autonomes Fahren den öffentlichen Nahverkehr grundsätzlich verbessern könnte, sowohl in Fragen der Taktung und Auslastung, als auch in finanzieller Hinsicht. Als besonders charmante Idee wurde in diesem Zug über die Installation einer „Kreisbahn“ diskutiert. Generell sollte der ÖPNV dereguliert und soziale Innovationen zugelassen werden.

Neue Medien und Möglichkeiten, wie z.B. Apps zur Organisation von Fahren oder Nachbarschaftshilfen, sollten verstärkt bedacht und eingesetzt werden. Vor allem in sozialer Hinsicht steckt dort ein bislang größtenteils ungenutztes und zudem kostengünstiges

relativieren

Kommunikation mit dem Bürger ernst nehmen.

Flächendeckendes Glasfasernetz

Mehrbehandlerpraxen/MVZ

Private Initiativen/ Innovationen zulassen

Neue technische Lösungen nutzen (Apps zur Organisation)

Potential. Bestehende Angebote, Kooperationen, Nachbarschaftliche Aktionen, wie „Butterfahrten“, oder Bedarfe könnten vergleichsweise einfach organisiert und schnell bekannt gemacht werden und so den Zusammenhalt einer Region nachhaltig stärken.

Zukunftsfähige Lösungen und damit eine attraktive Region können nach Meinung der Teilnehmer nur durch Kooperation und Bündelung der Kräfte entstehen.

Zukunftsfähige Lösungen
durch Kooperation

5. Regionalkonferenz Sozialplanung

Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Ämter Hürup, Mittelangeln, Geltinger Bucht, Langballig und der Stadt Glücksburg

Protokoll des Workshops 5 Migration/ Flüchtlinge

Teilnehmer/innen: 13 (inclusive 3 Moderation, Input und 1 Protokoll)

Moderation & Input: Joanna Wilkonska-Malla, Hermann Schümann, Sylke Willig
Protokoll: Andreas Schulz

Inhalt:	
<p>Phase 1: Vorstellung und Einleitung</p> <p>Zur Eröffnung der Veranstaltung stellen sich alle 13 anwesenden Personen kurz vor. Darunter sind aktiv in der Flüchtlingshilfe tätige Personen, MitarbeiterInnen aus Einrichtungen der Jugend- und der Familienhilfe, der Feuerwehr und anderer z.T. ehrenamtlicher Bereiche sowie des Kreises Schleswig-Flensburg.</p> <p>In ihrer Einleitung weist die Leiterin u.a. auf das Faktenblatt des Workshops und die darin dokumentierten sehr geringen Anteile geflüchteter Migranten an den Einwohnerzahlen (unter 2 %) hin.</p> <p>Daran anschließend führen sie und Herr Schümann Ausschnitte eines im Jahre 2016 beim Amt Hürup erstellten Films zur Begrüßung geflüchteter Personen („Willkommen im Amt Hürup“) vor, der über die dortige erfolgreiche soziale Integration von Flüchtlingen informiert. Gezeigt werden Kinder in einer integrativen Schulklasse, eine auch mit deutschen Personen gemischte Musikgruppe und eine mit Hilfe der Flüchtlingshilfe Hürup aus Flüchtlingen gebildete Fussballmannschaft. Herr Schümann weist darauf hin, dass die in der Mannschaft mitwirkenden Spieler untereinander absolut gleichberechtigt sind und dass sie den ihr zur Verfügung gestellten Sportplatz praktisch jederzeit für Trainings nutzen dürfen. (Der Film ist auf der Homepage des Amtes</p>	

unter dem Stichwort „Amt Hürup – Asylbegehrende“ abrufbar.)

Phase 2: Wie soll die Situation in 5 Jahren aussehen?

Der angegebene Zeitraum soll lediglich verdeutlichen, dass es sich um eine Spanne auf mittelfristige Sicht handelt – die Betrachtung soll also erkennbar visionär angelegt sein und innerhalb eines zeitlichen Rahmens liegen, der zwischen geschätzten drei und oder sechs Jahren liegt.

In der Diskussion werden zahlreiche Aspekte erfasst und in der Besprechung durch Beispiele mit Leben gefüllt. Dabei stehen immer wieder auch einzelne Angaben mit anderen in Beziehung und bedingen einander:

- Die Integration hat eine so große Intensität erreicht, dass eine wirklich durchmischte Gesellschaft entstanden ist und als Normalzustand angesehen wird. Wörter wie „Flüchtlinge“ oder „Geflüchtete“ gehören der Vergangenheit an; die betreffenden Personen sind Bürger der hiesigen Gesellschaft.
- Frühere Flüchtlinge sind ohne Vorurteile in den Arbeitsmarkt integriert.
- Ein „normales Zusammenleben“ zwischen Alteingesessenen und Neubürgern drückt sich unter anderem im alltäglichen Umgang miteinander aus. Beispielsweise werden die Neubürger nicht mehr gefragt „Wo kommst Du her?“, sondern „Wo wohnst Du?“
- Frühere Flüchtlinge nehmen – wie die Angehörigen der autochthonen Bevölkerung – an Dorf- oder Straßenfesten, an Weihnachtsmärkten und auch Gemeindeversammlungen teil. Das gilt ausdrücklich nicht nur für die Durchführung der Veranstaltungen, sondern schließt möglichst auch Planung und Vorbereitung mit ein.
- Die einst aus Notlagen heraus aus anderen Ländern eingewanderten Personen haben keine „Schwellenangst“ mehr.
- Regelinstitutionen sind auf neuzugewanderte Personen eingestellt.
- Den Geflüchteten stehen mehr professionelle Helfer zur Verfügung als bisher.
- Unter den professionellen Helfern können vor allem solche Fachkräfte gute Hilfe leisten, die einige Jahre zuvor selbst Geflüchtete waren – sie kennen die persönliche Situation der Neuankömmlinge aus eigenem Erleben.
- Eine Verständigung über die Sprache ist möglich. Dies gilt ausdrücklich nicht nur für Kinder, sondern auch und gerade für ältere Jugendliche und insbesondere für ältere Er-

wachsene.

- Qualifizierte Flüchtlinge können aufgrund inzwischen erworbener sprachlicher Kompetenzen ihren nachgefolgten Landsleuten die Eingewöhnung erleichtern.
- Das Prinzip des Förderns und Forderns wird auch in Richtung auf alle Geflüchtete angewendet, die auch schon länger in Deutschland leben.
- Hauptamtliche Flüchtlingskoordinatoren und Lotsen werden zu Straßenfesten bzw. zu gemeinsam organisierten Aktivitäten von den Flüchtlingen abgeholt und nicht umgekehrt.
- Im öffentlichen Leben und in der Verwaltung findet ein unbürokratischerer, weniger verkrampter Umgang mit aus dem Ausland geflüchteten Zuwanderern statt. (Dies kann z.B. auf öffentlichen Ämtern, in der beruflichen Arbeitswelt und auch bei privaten und halb-öffentlichen Vereinen und Organisationen der Fall sein. Dabei muss allerdings die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und Sicherheitsauflagen – wie z.B. bei der Feuerwehr, Rettungs- oder Technischen Hilfsdiensten - genauso garantiert sein und notfalls auch durchgesetzt werden wie bei noch nicht fachlich genügend qualifizierten hier aufgewachsenen Personen. Generell sollte zudem auch bei der Einbeziehung ehemals geflüchteter Migranten in die organisierte Sport-, Rettungs-, Gesellschafts- und andere Arbeit zunächst auf einem möglichst niedrigen Level („ganz unten“) angefangen werden.)

Phase 3: Welche Schritte sind dafür zu unternehmen?

In der Diskussion werden deutlich weniger konkrete Handlungsschritte als angestrebte Zustände angeführt. Dies liegt darin begründet, dass nicht selten ein bestimmtes Verhalten mehrere Auswirkungen zur Folge hat.

Folgende Schritte werden in der Beratung angeführt:

- Grundsätzlich muss man bereit sein, einem Prozess wie der erfolgreichen gesellschaftlichen Integration neu zugewanderter Personen einen genügenden zeitlichen Rahmen einzuräumen.

- Kleine Schritte können häufig schon den Anfang darstellen für eine erfolgreiche Integration. So kann beispielsweise schon ein Lächeln oder ein freundliches „Hallo“ im Alltag den Geflüchteten signalisieren, dass sie in der hiesigen Gesellschaft und insbesondere in der Bevölkerung als neue Nachbarn willkommen sind – und dass man sich auf und über sie freut.
- In dem Integrationsprozess darf jeder Beteiligte Fehler machen.
- Auf Seiten des Staates und der hier schon lange lebenden Einwohner entsteht eine größere Bereitschaft, in der Flüchtlingshilfe von den Erfahrungen anderer europäischer Länder zu lernen, wie dort erfolgreich Integration gelebt und praktiziert wird. Beispielsweise hat es in Schweden schon erheblich früher als in Deutschland Flüchtlingspaten gegeben, deren Erfahrungen bei uns helfen können, in der Integrationsarbeit Fehler zu vermeiden.
- Geflüchtete Personen werden zu Straßen-, Bürger- oder Dorffesten u.a. öffentlichen Veranstaltungen eingeladen. Bei der Ansprache können Flüchtlingslotsen und Paten als Multiplikatoren dienen.
- Auch schon länger hier lebende Zugewanderte, die bereits die deutsche Sprache gelernt haben, werden als Vermittler eingesetzt, um Neuankömmlinge besser über Angebote zu informieren.
- Flüchtlinge werden zu gemeinsamen Aktivitäten abgeholt und mitgenommen, um ihr Interesse an einer aktiven Beteiligung zu wecken und gleichzeitig Schwellenängste abzubauen.
- Veranstaltungen werden mit den Flüchtlingen gemeinsam geplant, vorbereitet und auch durchgeführt. Wenn dies mit der Ausgabe und dem Verzehr von Speisen verbunden ist, werden kulturell bzw. religiös bedingte Wünsche der Geflüchteten – z.B. das Essen ausschließlich als halal angesehener Lebensmittel – ausdrücklich respektiert.

Phase 4: Welche Schritte können Sie konkret zur Erreichung der genannten Ziele unternehmen?

In der Diskussion sind sich die Teilnehmenden darüber einig, dass grundsätzlich jeder aktive Beiträge leisten kann, um neu angekommenen geflüchteten Personen die Integration zu erleich-

tern. Beispielsweise ist auf einen freundlichen und zugewandten persönlichen Umgang bereits an anderer Stelle hingewiesen worden – ein freundliches „Hallo“ dürfte ganz sicher von jedem Mitglied der Gesellschaft geleistet werden können.

Zudem werden mehrere mögliche Schritte angesprochen, die von den hier an der Diskussion beteiligten Personen und Einrichtungen im Sinne einer besseren Integration im Sinne der unter Phase 2 genannten Kriterien unternommen werden können. Generell ist dabei Voraussetzung, dass das wichtigste Kriterium nicht das Interesse der Anbietenden, sondern vor allem das der Neuankömmlinge darstellt. Zu den vor diesem Hintergrund genannten Optionen gehören unter anderem das Veranstanen sportlicher Wettkämpfe mit deutschen und aus dem Kreis der Flüchtlinge stammenden Teilnehmern, die aktive Miteinbeziehung geflüchteter Kinder und Familien an weihnachtlichen Krippenspielen und in Veranstaltungen Flüchtlinge die Einheimischen über ihre Situation und Erlebnisse informieren zu lassen.

Insbesondere zwei der genannten Möglichkeiten sind bereits relativ konkret bzw. sogar stehen schon kurz vor ihrer praktischen Umsetzung:

- Mitarbeiterinnen des Jugendzentrums Sörup planen, Flüchtlingslotsen gezielt anzusprechen, um mit ihnen in persönlichen Kontakt zu jungen Geflüchteten aufzunehmen. Mit ihnen wollen sie dann gemeinsam spezielle Freizeitangebote für sie und für ihre Familien entwickeln.
- Der Sportverein TSV Nordmark richtet jährlich in Satrup einen Silvesterlauf aus, dessen aktive Teilnehmer zu gleichen Teilen Deutsche bzw. schon lange hier lebende Einheimische und Flüchtlinge sein werden. Der erste dieser Läufe findet Silvester 2017 statt und wird gegenwärtig organisatorisch geplant und vorbereitet.

Jugendzentrum Sörup

Turn- und Sportverein Nordmark (Satrup)